

Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt vom 13.06.2024

TOP Betreff

5. Gewalt gegenüber Frauen - Aktuelle Situation in den Frauenhäusern in der StädteRegion Aachen; - Antrag der SPD-Städteregionstagsfraktion vom 24.04.2024

**Vorlage
2024/0191**

Beratung und Beschlussfassung zu TOP 5. und TOP 5.1. wurden zusammengefasst.

Für die SPD-Städteregionstagsfraktion erläuterte Herr Herberg die Beweggründe für den Antrag. Die Trägervertreterinnen der beiden Frauenhäuser sowie die Vertreterinnen der Beratungsstellen erhielten ausreichend Gelegenheit, die Situation in den einzelnen Häusern zu erläutern und zum aktuellen Sachstand sowie den Entwicklungen der letzten Jahre zu berichten. Die Notwendigkeit für den Umzug des Frauenhauses von Alsdorf nach Aachen sowie die Auswirkungen auf die Auslastung des bestehenden Frauenhauses in Aachen während dieser Übergangszeit wurden ausführlich erläutert. Es wurde deutlich, dass die hohe Auslastung in den Frauenhäusern seit Jahren ein bundesweites Problem darstelle. Die Verweildauer der Frauen in den Häusern werde zunehmend länger, vor allem auch, weil es in Aachen keinen bezahlbaren Wohnraum gebe. Schwierig sei es zudem, Menschen mit besonderen Bedarfen an geeignete Stellen/Einrichtungen weiterzuleiten, weil die Angebote für diese Zielgruppe sehr rar seien.

Unzweifelhaft würde jeder einzelne Platz in den beiden Frauenhäusern in der StädteRegion Aachen benötigt. Lege man die Istanbul-Konvention zugrunde, würden in der StädteRegion sogar noch 110 Plätze fehlen.

Deutlich wurde auch, dass die Corona-Pandemie erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit der Beratungsstellen und Frauenhäuser gehabt habe. Die Folgen seien bis heute spürbar. Es sei schlimm zu erleben, was die Frauen und Kinder in dieser Zeit ausgehalten und mitgemacht hätten. In Einzelfällen sei es durch finanzielle Zuwendungen der Stadt Aachen bzw. einen Fonds beim Caritasverband möglich, Frauen aufzunehmen, für die es im Rahmen der offiziellen Strukturen sonst keine Finanzierung gebe.

In Richtung Verwaltung/Ausländeramt ging der Hinweis, dass die wohnortgebundenen Aufenthaltstitel zuweilen eine Aufnahme in einem Frauenhaus erschweren würden. Die Frage, wie das Verhältnis von untergebrachten Frauen aus der Region zu solchen, die von außerhalb kommen, sei, konnte von Seiten der Vertreterin der Beratungsstelle nur geschätzt werden (= 50:50).

Die Ausschussmitglieder gingen auf die Ausführungen der Gäste ein und stellten weitere Fragen. Sie diskutierten Lösungsansätze und bedankten sich ausdrücklich für das Kommen der Vertreterinnen und die umfangreichen Informationen.

Herr Dr. Ziemons informierte zum Sachstand bezüglich der Anonymen Spurensicherung. Vor rd. 6 Wochen habe das Ministerium einen kurzfristigen Abschluss der Verhandlungen angekündigt; bis heute gebe es jedoch keine neuen Informationen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt nahm die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.